

Vertrag ausgehandelt
Einheitliche Löhne in Pflege sollen kommen

BERLIN. Die Beschäftigten in der Altenpflege sollen zum 1. August flächendeckend einheitliche und in vielen Fällen höhere Löhne erhalten. Das ist das Ziel eines Tarifabschlusses der Gewerkschaft Verdi und der Bundesvereinigung der Arbeitgeber in der Pflegebranche (BVP), der nun noch einmal nachgebessert wurde, wie beide Seiten gestern in Berlin mitteilten. Der Tarifvertrag soll vom Bundesarbeitsministerium auf alle Pflegekräfte ausgedehnt werden. Vor diesem Schritt müssen aber erst noch Diakonie und Caritas zustimmen.

Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hatte zuletzt im November bekräftigt, einen Tarifvertrag Pflege auf ganz Deutschland erstrecken zu wollen, wenn ein Antrag vorgelegt werde und Voraussetzungen erfüllt seien. Die privaten Pflegeheimträger und Betreiber von Pflegediensten wehren sich vehement gegen einen solchen Tarifvertrag. Sie sprechen es dem relativ kleinen Verband, mit dem Verdi verhandelt, ab, für die Branche sprechen zu können.

Geplant sind nun Steigerungen in mehreren Schritten. Das Einkommen von Pflegehelfern soll 2023 auf mindestens 14,40 Euro steigen, das von examinierten Pflegefachkräften auf 18,75 Euro. Die unterschiedlichen Mindestlöhne für Pflegehilfskräfte in Ost und West sollen bis September auf einheitlich 12,55 Euro pro Stunde steigen. Ab Juli sollen Pflegefachkräfte 15 Euro bekommen. (dpa)

12 Cent mehr

Tanken fast so teuer wie vor Corona

MÜNCHEN. Tanken war im Januar deutlich teurer als im Dezember. Im bundesweiten Monatsdurchschnitt kostete ein Liter Super E10 1,351 Euro, wie der ADAC gestern mitteilte. Das sind 12 Cent mehr als im Vormonat. Diesel verteuerte sich um 12,4 Cent auf 1,233 Euro.

Damit sind beide Kraftstoffe nur noch wenige Cent billiger als im Februar 2020, bevor die Öl- und Kraftstoffpreise im Zuge der Corona-Krise einbrachen. Für den aktuellen Anstieg ist die Entwicklung der Pandemie allerdings nicht entscheidend. Vielmehr kommen hier zwei staatliche Maßnahmen zusammen: Zum Jahreswechsel endete die vorübergehende Reduzierung der Mehrwertsteuer, und die CO₂-Abgabe startete. Zusammen macht das laut ADAC 10 bis 11 Cent pro Liter aus.

Teuerster Tag im Monat war für Fahrer von Benzinern der 31. Januar mit im Mittel 1,37 Euro pro Liter E10. Für Dieselfahrer war es dagegen der 17. Januar mit 1,244 Euro. (dpa)

Notizen

2,6 Millionen betroffen

Deutlich mehr Kurzarbeiter

MÜNCHEN. Der Lockdown hat die Kurzarbeit stark an Schätzung des Ifo-Instituts nach ansteigen lassen. Im Januar waren Angaben des Münchner Instituts 2,6 Millionen Menschen in Kurzarbeit, 400 000 mehr als im Dezember. Damit waren 7,8 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Kurzarbeit (Dezember: 6,6). (dpa)

Hohe Nachfrage an Weihnachten

In Großbritannien wird die Puppe knapp

LONDON. Durch Brexit und Corona-Pandemie sind in Großbritannien Pappkartons für Verpackungen ein knappes Gut geworden. Über Weihnachten gebe es die höchste Nachfrage nach Kartonagen, sagte der Branchenverband Confederation of Paper Industries. Durch die Pandemie und den Brexit habe sich die Knappheit jedoch zugespitzt. (dpa)

Hat das Konzept Innenstadt ausgedient?

Verbände ringen um den Erhalt attraktiver Zentren – Gipfel soll Vorschläge diskutieren – „Regionales Amazon“ als Modellprojekt

Von Nina Kallmeier

HANNOVER. Muss heute noch jemand zwangsläufig in die Innenstadt, wenn er dort nicht wohnt oder arbeitet? Die deprimierende Antwort für die Händler in den Fußgängerzonen lautet: nein. Auf die Spitze getrieben, könnte jeglicher Einkauf vom Obstsalat bis zum neuen Business-Outfit online erledigt werden.

Und viele Kunden nutzen diese bequeme Art des Einkaufens bereits, die Zuwächse im Onlinehandel steigen seit Jahren. Eine aktuelle Studie geht gar davon aus, dass im Bereich Mode in zehn Jahren die Hälfte online gekauft wird.

Und doch: Wenn wieder einmal ein „zu vermieten“-Schild in einem Schaufenster hängt – wie es unter anderem bei rund 60 Douglas-Filialen bundesweit der Fall sein wird – oder sich ein Traditionsgeschäft aus dem Markt verabschiedet, kommt die emotionale Bindung vieler an „ihre“ Stadt durch, und es wird die etwas zwiegespaltene Verbindung zur Innenstadt deutlich: Auch wenn für den einen oder anderen Einkauf nicht der Laden um die Ecke genutzt wird, sollen die Zentren doch nicht sterben. Man will beides: den Kauf bequem vom Sofa und gleichzeitig die Möglichkeit, in die Stadt gehen zu können, wenn man wollte.

Wochenlang geschlossene Geschäfte und Restaurants in der Corona-Pandemie haben einen Vorgeschmack darauf gegeben, wie geisterhafte Fußgängerzonen künftig aussehen könnten. Doch wie kann ein Spagat gelingen, auf der einen Seite dem veränderten Konsumverhalten Rechnung zu tragen und auf der anderen auch künftig die Ortskerne lebendig zu halten? Darüber will der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund (NSGB) Ende Februar mit mehr als 400 Bürgermeistern mittlerer und kleiner Städte und Gemeinden bei einem virtuellen Innentadtgipfel diskutieren, wie



Die Corona-Pandemie gibt einen Vorgeschmack auf geisterhafte Innenstädte.

NSGB-Präsident Marco Trips ankündigt. Auch vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie. „Mit diesem ersten Online-Gipfel wollen wir das Thema ‚Innenstädte zwischen Lockdown und Online-Handel‘ gemeinsam mit dem Land Niedersachsen aufgreifen, eine Bestandsaufnahme machen, Visionen entwickeln und erste konkrete Hilfsmaßnahmen mit Ministerien, Unternehmen und Verbänden erörtern und damit einen ersten Beitrag für den umfassenden Umbau unserer Innenstädte leisten“, stellt Trips in Aussicht.

Letzteres will auch die IHK Niedersachsen und hat nach einer Bestandsaufnahme bereits acht Handlungsempfehlungen erarbeitet. Dazu zählen neben dem umstrittenen Thema Sonntagsöffnung unter anderem die (Weiter-)Entwicklung von niederschwelligen Förderprogrammen sowie die Entwicklung der Innenstädte als multifunktionalem Raum – weg vom Handel als alleinigem Frequenzbringer.

Zumal der Handel als tragende Säule der Innenstadt seit Jahren bröckelt. Wie die aktuellen Zahlen des Landesamtes für Statistik zeigen, ist die Zahl der Einzelhändler in den niedersächsischen Innenstädten kontinuierlich gesunken – von mehr als 44 500 im Jahr 2008 auf noch gut 38 300 zehn Jahre später.

Wohnen, Verwaltung, Bildung, Kultur, Gastronomie, Kreativwirtschaft, all das sieht die IHK Niedersachsen künftigs als Teil einer Innenstadt. Auch für Thorsten Bullerdiek, Sprecher des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (NSGB), hat die Zukunft der

Innenstadt viel mit einem Wandel des Zentrumsbegriffs zu tun. „Wir brauchen nicht die alte Innenstadt 1.0. Wir brauchen die Innenstadt 5.0 als reale und digitale Orte der Identifikation“, sagt er gegenüber unserer Redaktion. Spiel, Spaß, Kultur, Handel und Gastronomie könnten laut Bullerdiek digital wie real viele Erlebnisse bieten.

Auch die Förderung einer Plattform ähnlich eines „lokalen Amazons“ kann sich Bullerdiek gut vorstellen, um in Kombination mit dem stationären Handel Innenstädte zu stärken. „Aber wir dürfen Amazon nicht nur kopieren. Unser Handel muss mit seiner Präsenz und gutem Internetmarketing besser sein als Amazon, und ich bin davon überzeugt, dass das möglich ist.“ Nicht mit kleinteiligen Programmen, sondern mithilfe von

Venture Capital, damit Städte und Gemeinden verlässlich langfristig planen könnten. Allerdings weist die IHK Niedersachsen darauf hin, dass ein Großteil der Händler bis heute nicht einmal den ersten Schritt in eine digitale Handelswelt gegangen sei.

Dennoch passt zu dieser Vision eines regionalen Amazons ein Logistik-Projekt, das Uwe Goebel als Beispiel für den Punkt City-Logistik nennt, der Teil der Handlungsempfehlungen der IHK Niedersachsen ist. Die Stadt Lingen erhält gut 147 000 Euro Förderung für einen „Last-Mile-Logistic-Hub“. Ziel ist es, durch die Entwicklung eines smarten Logistikkonzepts zur Belieferung der „letzten Meile“ die Attraktivität der Stadt als Einkaufs- und Versorgungszentrum zu steigern.

Foto: Hauke-Christian Dittrich/dpa

Corona treibt Bierabsatz in den Keller

2020 historisch niedriger Wert von 8,7 Milliarden Liter – Minus 5,5 Prozent zum Vorjahr

WIESBADEN/BERLIN. Die Corona-Krise setzt den Brauereien in Deutschland heftig zu. Im vergangenen Jahr sank ihr Bier-Absatz wegen der Feierverbote und der monatelang geschlossenen Gastronomie auf den historisch niedrigen Wert von 8,7 Milliarden Liter, wie das Statistische Bundesamt gestern in Wiesbaden berichtete.

Doch der mengenmäßige Rückgang um 5,5 Prozent zum Vorjahr zeige die dramatische Lage nur sehr unzureichend, so der Brauerbund. Vor allem kleinere Betriebe müssen längst ums Überleben kämpfen, während wenige große Brauereien von dem gestiegenen

Flaschenbiervverkauf im Einzelhandel profitierten. Die große Pleitewelle sei noch ausgeblieben, sagte Holger Eichele, Präsident des Deutschen Brauerbundes. Er ist normalerweise stolz auf die vielfältige Brautradition im Land.

Mehr als 1400 Unternehmen hat der Verband bundesweit gelistet, die meisten verkaufen ihr Bier ausschließlich im engen Umkreis um ihre Braustätte. „Die merken jedes ausgefallene Volksfest.“

Das Problem verschärft sich mit der weiterhin andauernden Corona-Sperre für Kneipen und Restaurants, denn sie nehmen kein Fassbier mehr ab. Das aber ist für die

Brauereien das besonders lukrative Geschäft mit einer hohen Wertschöpfung. Die nach eigener Einarbeitung „sehr gastro-lastige“ Berliner Brauerei Lemke sucht neue Absatzkanäle über das Internet, will vom coolen Image der Hauptstadt im Export profitieren. „Einen Umsatzrückgang von mehr als der Hälfte kann auf Dauer kein Unternehmen verkraften“, sagte Gründer Oli Lemke, der im laufenden Jahr Entlassungen nicht mehr ausschließen will. Immerhin gebe es inzwischen Aussicht auf staatliche Hilfen: „Nach den jüngsten Änderungen können wir nun wohl doch die November/Dezember-Hilfen

für die Gastronomie bekommen. Unsere Steuerberater arbeiten am Limit, weil das alles extrem verschachtelt ist.“ Die Branchengrößen konnten ihre Gastroverluste besser mit einem gestiegenen Flaschenbierabsatz über den Lebensmitteleinzelhandel ausgleichen. Das Fachportal „Inside“ sieht bei bekannten nationalen Marken wie Krombacher (-4,8 Prozent), Oetinger (-1,5 Prozent) oder Veltins (-3,5 Prozent) vergleichsweise kleine Mengenverluste. Schon härter hat es Bitburger (-8,0 Prozent) und Warsteiner (-16,2 Prozent) mit ihren höheren Gastro-Anteilen getroffen. (dpa)

Investieren mit gutem Gewissen

Nachhaltige Geldanlagen sind bei klassischen Banken immer mehr auf dem Vormarsch



Wachstum trotz Corona-Krise: Die GLS-Bank scheint mit ihrem Konzept nicht nur den Nerv der Zeit zu treffen.

Foto: Oliver Berg/dpa

Bank in Höhe von 1,1 Milliarden Euro – für erneuerbare Energien, Bio-Landwirtschaft oder soziale Projekte.

Verglichen mit den Marktführern wie der Deutschen Bank oder den großen Sparkassen, führen die GLS und andere Alternativbanken

aber „immer noch ein Nischendasein“, betont Martin Faust, Professor für Bankbetriebslehre an der Frankfurt School of Finance. Ihr Wachstum sei zwar „prozentual gar nicht so gering“. Im Gesamtmarkt hätten sie ihre Position aber kaum ausbauen können. Denn der

Anteil der Bevölkerung, der sich aktiv für das Thema nachhaltige Bankgeschäfte interessiere, sei noch überschaubar.

Zudem sind die sogenannten Alternativbanken wie die GLS längst nicht mehr die einzigen Geldhäuser, die nachhaltige Geldanlagen anbieten. „Viele Banker, von den Großbanken über die Volksbanken bis zu den Sparkassen, entdecken gerade die Positionierungs- und Geschäftschancen, die in diesem Jahrhundert-thema stecken“, erläutert Heinz-Gerd Stickling von der auf den Finanzsektor spezialisierten Unternehmensberatung ZEB. Zwei Drittel der von der ZEB befragten Bankkunden wünschten sich eine deutliche Weiterentwicklung ihrer Hausbank in puncto Nachhaltigkeit. „Die Hälfte dieser Kunden wiederum ist wechselbereit – hier liegt das Risiko, wenn die Konkurrenz es besser macht.“ (dpa)

Die Kakaoverordnung ist eine Art gesetzliches Rezeptbuch – wer dagegen verstößt, riskiert Geldstrafen. Ritter Sport beklagt, das deutsche Lebensmittelrecht sei in diesem Punkt nicht mehr zeitgemäß. Dass eine Schokolade, die zu 100 Prozent aus Kakao bestehe, ohne den Zusatz von Zucker hierzulande nicht als solche bezeichnet werden dürfe, sei „absurd“, sagte Firmenchef Andreas Ronken. „Wenn Wurst aus Erbsen sein darf, braucht Schokolade auch keinen Zucker. Aufwachen!“ Auf den deutschen Markt bringen will das Unternehmen sein neues Produkt nun dennoch – nur eben nicht als „Schokolade“, sondern beispielsweise unter dem Label „Kakao-fruchttafel“. Ritter Sport musste in den vergangenen zwei Jahren jeweils Umsatzrückgänge verkraften, erlöste 2020 noch 470 Millionen Euro. (dpa)